67. Jahrgang. № 74

Freitag, 16. März 1923

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 4200.—. Einzelnummer M. 150.—, Sonntagsausgabe M. 200.—.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 10 mm breite Zeile M. 400.—, außerhalb Sachsens M. 500.—. Familienanzeigen und Stellengesuche unter Wegfall jeden weiteren Rabatts M. 100.—. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068. Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Altenberg Sport-Hotel im Erzgebirge
Altes Amtshaus und Amtshof
Erstklassige Zimmer :: Zentralheizung :: Auto-Garage
Gute Küche :: Erstklassige Weine
Tel.: Amt Lauenstein 9 Bes.: W. Hecker

Koffer Enterlein Waisenhausstr. 23

Oster-Ausstellung
Spielwaren – Sport
B. A. MÜLLER, Prager Straße 32
Deutschlands größtes Spielwarenhaus.

Das neue Regime an der Ruhr.

Organisierte Räumung der Kohlen- und Kokslager. — Frankreich entdeckt neue „riesenhafte Verletzungen" des Versailler Vertrags durch Deutschland — Neue englische Vermittlungsgerüchte — Annahme des Geldentwertungsgesetzes im Reichstag.

Der Ratschlag des Marschalls Foch.

Großzügiger Kohlenraub.

Paris, 15. März. Ueber das Regime, das in dem besetzten Gebiete nunmehr seitens der französischen und der belgischen Regierung zur Einführung gelangen soll, veröffentlicht der „Oeuvre" folgende Zusammenstellung:

1. **Militärische Organisation:** Das französische Kontingent soll um 15 000 Mann verstärkt werden, das belgische um 5000 Mann. **Insgesamt würden künftighin beide Armeen aus 90 000 Mann bestehen, zu denen 10 000 mobilisierte Eisenbahner hinzuzuzählen seien.**

2. **Ingenieurmission:** Diese wird unmittelbar dem General Degoutte unterstehen. Es wird künftig zwei Zivilmissionen geben eine französische unter Frantzen und eine belgische unter Leitung des Ingenieurs Henneeart.

3. **Eisenbahnregime:** Dieses wird auf Grund des Brüsseler Konferenz keine Veränderung erfahren.

4. **Räumung der Kohlen- und Kokslager:** Der in Brüssel aufgestellte Plan läuft darauf hinaus, diese Maßnahme in einer Reihe von Kohlenzentren nacheinander durchzuführen. **Dies entspreche dem Vorschlage des Marschalls Foch, der angeraten habe, den deutschen Widerstand dadurch zu brechen, daß man Kohle und Koks aus dem Ruhrgebiete herausholte, anstatt die Besetzung weiter auszudehnen, wie es General Degoutte verlangt habe.**

5. **Ausfuhrbewilligungen:** In Brüssel sei es Belgien gelungen, die Ausschaltung sämtlicher Maßnahmen durchzusetzen, die für den ausländischen Handel eine unnötige Erschwerung darstellen. Ein Beamter des Quai d'Orsay hat sich nach Köln begeben, um dort das in Brüssel vereinbarte Regime den berechtigten Bedürfnissen der Alliierten Frankreichs und der Neutralen anzupassen. (W. T. B.)

Fortschaffung von Kohlen unter militärischer Bedeckung.

Essen, 15. März. Die Fortschaffung von Kohle und Koks auf Zeche Westerhold geht auch heute noch weiter. Die von den Franzosen verwendete ausländische Arbeiterschaft ist vermehrt worden. Es sind jetzt etwa 120 bis 130 Leute tätig. Es war bisher nicht möglich, festzustellen, aus welchen Ländern die Arbeiter stammen, da sowohl die Arbeitsstätte, wie auch die Quartiere der Arbeiter durch einen dichten Militärkordon abgesperrt sind. **Für die Absperrungsmaßnahmen ist mindestens dreimal soviel Militär als Arbeiter vorhanden.**

Die pfälzischen Städte verzichten auf gestohlene Kohlen.

Ludwigshafen, 15. März. Von den Franzosen wurde gestern ein Schiff mit Kohlen geraubt mit dem Bemerken, daß die Kohlen den pfälzischen Städten, die durch die Stillegung der pfälzischen Bahnen ohne Kohlen seien, zukommen würden. **Wie verlautet, haben die in Betracht kommenden Städte dieses Angebot abgelehnt.** (WTB.)

Ein neuer Schachzug Poincarés.

Die Räumungsfrist soll nicht laufen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 15. März. Der „Petit Parisien" veröffentlicht folgende Meldung: **Die Aufmerksamkeit der französischen Regierung ist auf die „riesenhaften Verletzungen" (!) des Versailler Vertrages durch Deutschland hinsichtlich seiner militärischen Verpflichtungen gelenkt worden, und zwar insbesondere auf die Hindernisse, die sich seit der Besetzung des Ruhrgebiets der von der Kommission Nollets ausgeübten Kontrolle entgegenstellen. Hierbei muß daran erinnert werden, daß Artikel 429 des Versailler Vertrags ausführlich die Frage der Räumung des Rheinlandes von Garantien abhängig macht gegen einen nicht provozierten Angriff seitens Deutschlands. Es wäre infolgedessen nicht überraschend, wenn die französische Regierung bei dieser Gelegenheit den seit 1920 von Millerand vertretenen Standpunkt zur Anwendung bringen würde, nach dem die Frist für die Räumung nicht läuft, solange Deutschland sich seinen Abrüstungsverpflichtungen entzieht.**

Die Theorie von der noch nicht laufenden Räumungsfrist ist ein von Poincaré schon längst ausgeheckter Trick, der nur jetzt in das neue Gewand gekleidet ist, daß Deutschland „riesenhafte militärische Verfehlungen" begangen haben soll. Die Reichsregierung darf nicht zögern, dieser plumpen, unverschämten Lüge nachdrücklich entgegenzutreten.

Frankreich und die Ruhrräumung.

London, 15. März. In einem Leitartikel hebt „Manchester Guardian" hervor, daß die zum Schluß der Brüsseler Konferenz von den Premierministern Frankreichs und Belgiens veröffentlichte Mitteilung nicht als Vorschlag für Friedensverhandlungen mit Deutschland angesehen werden könne. Poincaré habe immer in Abrede gestellt, daß er beabsichtige, das Ruhrgebiet zu annektieren, habe jedoch in demselben Atemzuge bekräftigt, daß er dort bleiben werde, bis er Zahlung erhalten habe. Aber er habe nie gesagt, wieviel er haben wolle, und sage es auch jetzt nicht. Viel weiter sei man also nicht gekommen. Daß diese Erklärung als „Beweis" angeführt werde, daß Frankreich keine Annexion vorbereite, zeige nur, daß die Gedanken einiger Franzosen weit in dieser Richtung gewandert waren. (WTB.)

Holland und die Ruhrbesetzung.

Haag, 15. März. Das Ministerium des Aeußeren gibt bekannt, daß die besetzenden Mächte grundsätzlich beschlossen haben, die Ausfuhrabgabe von 10 Prozent nicht für Güter zu fordern, die auf Grund vor der Besetzung getroffener Kontrakte geliefert werden. Ebenso sollen die 90 000 Tonnen Steinkohlen, die auf Grund des niederländisch-deutschen Abkommens monatlich von Deutschland geliefert werden, von der Abgabe befreit sein. (W. T. B.)

„Etappenweise Räumung."

Die Konferenzen, die seit dem Kriege zwischen den Großmächtigen der Entente stattfanden, haben alle enttäuscht. Auch Brüssel wieder, die letzte in dieser endlosen Reihe der Zusammenkünfte, ist in einem Gedankenstrich ausgelaufen, aus dem die Welt sich Erfolg oder Mißerfolg, Hoffnung oder Zusammenbruch herauslesen darf, je nachdem sie von Optimismus geschwellt oder verzagt und kleinmütig an ihre Betrachtung herantritt. Aber auch für den günstigsten Fall wird man kaum ein praktisch verwertbares, zu besseren Aussichten berechtigendes Ergebnis aus den wie immer groß angekündigten Besprechungen, „den bedeutendsten, die seit dem Rücktritt Lloyd Georges zu erwarten" waren, ableiten können. Denn es fehlen, was früher in den meisten Fällen vorhanden war, auch die dürftigsten Verhandlungsberichte, und was Havas über den Inhalt der Aussprache veröffentlichte, ist nichts mehr als ein vieldeutiger Orakelspruch, der, wie die delphischen, viel und nichts zugleich besagt. Im übrigen schweigen sich die Teilnehmer aus. „Deutschland lauscht," hat Poincaré zu Pariser Journalisten geäußert, „also ist Schweigen jetzt die erste Pflicht!" Eine billige Ausflucht, hinter der sich der sonst so geschwätzige Advokat verbirgt, dem doch nichts größeres Vergnügen bereitet, als seine politischen Erfolge in Frühstücks- und Festreden entsprechend zu beleuchten. Allerdings, irgend etwas muß schon vorhanden sein, was sich schönfärbend verwenden läßt. Wenn es nichts dergleichen gibt, gar nichts, dann muß auch er die Mühlen seiner Beredsamkeit betrübt stillstehen lassen. So verhält es sich heute. Wollte Poincaré reden, so könnte er nur eine Bestätigung der Feststellung eines mit Ingrimm die Brüsseler Besprechungen kritisierenden Gegners abgeben, der sein Urteil in der „Ere Nouvelle" dahin zusammenfaßt, „Brüssel habe mit einer Konfusion geendet". Diese Feststellung trifft den Nagel auf den Kopf. Es kam Franzosen wie Belgiern nach der vollkommenen Ergebnislosigkeit der nahezu neunwöchigen Ruhrbesetzung darauf an, sich klar darüber zu entscheiden, welche politischen Methoden in nächster Zukunft gegenüber Deutschland angewandt werden sollen. Die nationalen Radikalisten in beiden Ländern schreien schon lange nach einer Verschärfung des Druckes; ihnen genügen die Morde und Plünderungen im Ruhrgebiete ebensowenig, wie der Umfang der Besatzung. Enttäuscht und mit Resignation spricht André Tardieu in seinem Blatte von den zehn Divisionen Infanterie und den mehreren Kavallerie-Divisionen, die nach Foch schon 1919 den Einbruch ins Ruhrgebiet besorgen sollten. Ein großer Schlag hätte es sein sollen mit rascher Wirkung. Und was sei nun daraus geworden? Die Zeit, „um die militärischen Drohungen zu organisieren", sei versäumt. Auf der anderen Seite verlangte die vernünftigere, ein wenig gemäßigtere Opposition die Ausarbeitung eines vollständigen Planes, „der das Minimum der Bedingungen enthält, die von den Alliierten gestellt werden müßten, wenn sich der deutsche Reichskanzler zu Verhandlungen bereit erklären sollte".

Zwischen beiden Strömungen haben Poincaré und Theunis mit vergeblicher Mühe einen Ausweg gesucht. Die von ihren amtlichen Bureaus herausgebrachten Veröffentlichungen zeigen, wie sie es mit der einen Richtung zu halten versuchen, ohne es mit der anderen zu verderben. Wir lesen in den Pariser und Brüsseler Kommuniqués neben der Androhung verschärfter Gewalt den allerdings in französisch-belgischem Munde auffälligen Hinweis auf die Möglichkeit einer Räumung des Ruhrgebietes. Aber man darf diese Andeutung, selbst wenn sie neu und überraschend wirkt, nicht überschätzen, wie es in gewissen Blättern bei uns geschehen ist. Havas spricht von einer etappenweisen Räumung, die sich nach Maßgabe der deutschen Leistungen vollziehen soll, ohne sich näher auf Erklärungen einzulassen, was unter diesem Vorschlag gemeint ist. Wir müssen schon im „Matin" nachschlagen, wenn wir die Ansichten der alliierten Regierungen über diesen sehr wichtigen Punkt erfahren wollen. Aus einem Gespräche, das der Berichterstatter dieses Blattes mit einem belgischen Minister gehabt haben will, geht hervor, daß man in Paris zunächst ganz neue deutsche Reparationsvorschläge erwartet, von denen nur gesagt ist, sie müßten „diskutabel" sein. Wir gewinnen aus einem englischen Blatte, der franzosenfreundlichen „Daily Mail", ein Bild davon, was in den maßgeblichen Kreisen als „diskutabel" betrachtet wird. Danach müßte Deutschland zunächst erklären, daß die Ruhrbesetzung eine gesetzliche Maßnahme nach Artikel 17/18 Anhang 2, Teil VIII des Versailler Vertrages ist. Weiter müßte sich Deutschland verpflichten, durch 30 bis 35 Jahre hindurch jährlich 2½ Milliarden Goldmark zu zahlen und schließlich müßte es anerkennen, daß die fünfzehnjährige Räumungsfrist für die Rheinlande noch nicht zu laufen begonnen habe. **Wenn auch die Gedanken des englischen Blattes nicht ganz mit denen**

Eine neue englische Vermittlungssensation.

Ein angeblicher Fühler in Berlin.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

London, 15. März. Unter dem Vorsitze Bonar Laws fand gestern ein Kabinettsrat statt, in dem die Lage im Ruhrgebiet eingehend geprüft wurde. Obwohl die letzte Debatte im Unterhaus über die Brüsseler Konferenz neue Momente zutage gebracht hat, scheint die Regierung zunächst ihre Haltung nicht ändern zu wollen, wenigstens erklärt man im Foreign Office, daß England keinerlei Interventionsabsichten hege. Trotzdem ist in gewissen Kreisen das Gerücht aufgetaucht, **daß, wenn auch die Regierung nicht direkt einzugreifen beabsichtige, sie doch ihren Einfluß mit Takt und Vorsicht anbieten werde, um eine Regelung der Frage herbeizuführen.**

Der „Evening Standard" erklärt, er habe Informationen aus guter Quelle erhalten, daß man Cuno vorgeschlagen habe, öffentlich zu erklären:

1. Daß die deutsche Regierung bereit sei, ernsthafte Vorschläge der Vereinigten Staaten, Englands oder einer anderen, im gegenwärtigen Konflikt neutral gebliebenen Macht entgegenzunehmen.

2. Daß Deutschland den Zusammentritt einer Wirtschaftskonferenz annimmt, die die endgültige Gesamtziffer der Reparationszahlungen und einen Zahlungsmodus festzusetzen hätte.

Wie uns weiter aus London gemeldet wird, **dementiert die englische Regierung offiziell alle Gerüchte über eine bevorstehende englische Intervention.** Auch den Berliner amtlichen Stellen sind nach einer Meldung unserer Berliner Schriftleitung die Vorschläge des „Evening Standard" auf diplomatischem Wege nicht zugegangen. Es dürfte sich also wohl auch in diesem Falle wieder um taktische französische Manöver handeln, die auf dem Wege über die englische Presse, Deutschland zu einem Angebot treiben, zum mindesten aber die deutsche Einheitsfront durchlöchern wollen. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die französische Presse sich den Anschein gibt, als ob sie eine derartige Intervention scharf ablehne. Bezeichnend ist vielmehr das große Interesse, das die französische Presse der englischen Sensationsmeldung entgegenbringt.

Die französische Presse und das Interventionsgerücht.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 15. März. Die Gerüchte über eine bevorstehende indirekte Intervention Englands in der Ruhrfrage erregen in französischen politischen Kreisen außerordentliche Aufmerksamkeit, erfahren jedoch im allgemeinen energische Ablehnung. Der „Temps" führt in einem Leitartikel aus, daß eine Bestätigung der Nachricht des „Evening Standard" in Paris an maßgebender Stelle nicht eingetroffen sei. Man könne nicht annehmen, daß England die Initiative ergreife, um mit Deutschland zu verhandeln, ohne Frankreich hiervon zu benachrichtigen. Der „Temps" meint schließlich, die französische Regierung werde mit äußerster Energie das Projekt, das im „Evening Standard" genannt sei, zurückweisen. — In der „Liberté" beschäftigt sich Bainville unter der Ueberschrift „Deutschland versucht zu verhandeln, aber möchte nichts ernsthaftes anbieten" mit denselben Gerüchten. Was kann uns Deutschland anbieten? fragt er. Nichts, was eine sofortige Räumung des Ruhrgebietes rechtfertigen könnte. Es verschwänden bereits die letzten Goldreserven aus den Kellern der Reichsbank. (!) Es sei infolgedessen naiv, zu glauben, Deutschland habe im geheimen eine Lösung bereit, die es auf einer goldenen Platte servieren würde, und daß Frankreich nur das Ruhrgebiet zu räumen braucht. In Wahrheit seien dies alles nur Kombinationen, von denen man spreche. Keine einzige sei für Frankreich annehmbar.

Es ist Deutschlands Aufgabe, einen Plan vorzulegen!

London, 15. März. Reuter meldet: Von zuständiger Stelle werde erklärt, daß Großbritannien, wenn sich die Gelegenheit ergeben würde, seinen Entschluß wiederholen werde, zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien andererseits, nicht zu vermitteln. **Es werde erklärt, die Frage gehe England nichts an, insofern, als es Deutschlands Aufgabe sei, einen Plan vorzulegen, der Frankreich und Belgien befriedige.** (W. T. B.)

Dollar (Amtlich): 20875
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 20900